57. Jahrgang. № 194.

Mittwoch, 16. Juli 1913.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (am Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Ausland: Oesterreich-Ungarn 5,45 Kr., Schweiz 5,65 Frks., Italien 7,17 Lire. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werd. nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 30 Pf., die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispalt. Reklamezeile 1,50 M., Familien-Nachrichten aus Dresden die einspalt. Zeile 25 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhter Tarif. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Gegründet 1862. J. A. Bruno König **Brautmöbel** Dresden-A., Lausaner Strasse 27 :: :: Dresden-A., Amalienplatz und Ringstrasse. Illustr. Katalog bitte verlangen.

KIOS Cigaretten
Kleine Kios St. 2½ Pf.
Kurprinz „ 3 „
Fürsten „ 4 „
Welt-Macht „ 5 „
Auto-Klub „ 6 „

Verlangen Sie überall nur Radeberger Pilsner aus der Radeberger Exportbierbrauerei.

Gegen die Mücken
„Thymolin", antiseptisch wirkendes Mittel zur Verhütung schmerzhafter Anschwellung und gegen Juckreiz, Glas 50 Pf. „Thymolincream", Schutzmittel geg. das Herannahen lästiger Insekten, Tube 50 Pf. Beides neue Mittel von unübertroffener Wirkung. Ferner Salmiakfläschchen in Kautschuk- u. Holzetuis, Flasche 50 Pf. Nach auswärts geg. Einsend. von je 65 Pf. franko.
Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

Dr. Zieglers **Magentropfen** Flasche 1 Mark 50 Pf. Versand nach auswärts.

Leitfaden für Reise und Haus-Apotheke. Preis 30 Pfg.

Königliche Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.

Bei **Insektenstichen** jeder Art beseitigt Schmerz und Geschwulst sofort **Culapin.** Tube 60 Pfg.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Westwind, wolkig, kälter, zeitweise Niederschlag.

Im Reichstagswahlkreise Dresden-Neustadt stellt die konservative Partei im Verein mit der Reformpartei und der Deutschsozialen Vereinigung Herrn Dr. Georg Hartmann-Rathstock als Kandidaten auf.

Das Gesetz über den einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag wird amtlich veröffentlicht.

Das Ergebnis der Berliner Handwerkerkonferenz wird jetzt bekannt und sieht verschiedene Aenderungen vor.

Die Stadt Metz wird in Zukunft aufhören, Luftschiffstation zu bleiben.

Nach ungarischen Meldungen ist eine namhafte Erhöhung des österreichisch-ungarischen Truppen-Kontingents geplant.

Sofia wird zurzeit in Verteidigungszustand gesetzt.

Auf russische Vorstellungen beschloß die serbische Regierung, bis auf weiteres die Kriegsoperationen einzustellen.

In Belgrader diplomatischen Kreisen glaubt man, daß der Frieden zwischen Bulgarien, Serbien und Griechenland in zwei Tagen geschlossen werden wird.

Unter den Mächten wird die Frage erwogen, ob eine Flottendemonstration gegen Griechenland angebracht erscheint, falls Griechenland gegenüber Bulgarien nicht nachgibt.

Der neue Kriegsfand im englischen Unterhause eine eingehende Erörterung.

Oesterreichische Reichsrats- und Kronländerpolitik.

Seit langem ist die innerpolitische Entwicklung in Oesterreich so wenig vorwärts gekommen wie in den letzten Monaten. Der österreichische Reichsrat hat, wie schon im letzten Winter, so auch in der verflossenen Sommertagung eine parlamentarische Unfruchtbarkeit gezeigt, die man wahrhaftig nicht mit Mangel an Arbeitsstoff entschuldigen kann, die aber begreiflich wird, wenn man den demokratischen Grundcharakter und die Zusammensetzung des österreichischen Volkshauses auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Betracht zieht. Die Einführung dieses Wahlrechts hat sich für das österreichische Parlament geradezu als verhängnisvoll erwiesen, was selbst hervorragende sozialdemokratische Führer neuerdings zugeben. Die Interessen der Parteien und der Wähler beherrschen in bedauerlicher Weise die Politik und die parlamentarische Gesetzgebung, die Kirchturmsinteressen dominieren, und das Staatsganze, die allgemeinen staatlichen und öffentlichen Interessen kommen zu kurz. Eine Regierung, die einen wirklich großen Zug in die parlamentarischen Debatten zu bringen, die das parlamentarische Leben zu befruchten vermöchte, ist nicht da; ein so großes Staatswesen wie die österreichische Monarchie kann auf die Dauer nicht mit der jetzt beliebten kleinlichen, auf den Tag zugeschnittenen Politik regiert werden. Nur eine weitblickende und straff zentralistische Politik kann die zentrifugalen Tendenzen der einzelnen Nationalitäten bannen und dem ganzen Staatswesen jenen frischen, belebenden Hauch modernen, fortschreitenden Geistes verleihen, der die Staatsmaschine intakt hält und dem Reiche auch nach außen wirklich das Ansehen einer Großmacht sichert.

Betrachten wir die Ergebnisse der Sommertagung des Reichsrats, so finden wir, daß die Reichsboten nur eine ganz geringe positive Arbeit geleistet haben. Der kleine Finanzplan, das Hauptstück der ganzen Session, blieb wieder unerledigt, trotzdem die Beratung in den Ausschüssen schon recht weit vorgeschritten war. Zwar haben sich die deutschen Parteien, vor allem der deutsche Nationalverband und die Christlich-Sozialen, mit aller Macht für die Durchbringung dieser Vorlage noch im Sommer eingesetzt, da sie ihren Wählern, namentlich den Beamten, gegenüber, bindende Verpflichtungen eingegangen waren. Aber die Ruthenen und die tschechischen Agrarier setzten wieder mit einer so kräftigen Opposition ein, daß es unmöglich wurde, die Vorlage bis zum 1. Juli zu verabschieden, und die Regierung es für geraten fand, die Sommertagung alsbald zu schließen und die deutschen Parteien mit dem Versprechen einer frühen Herbsttagung abzuspeisen. Die Regierung kapitulierte vor der Opposition, ließ den kleinen Finanzplan einstweilen fallen und war zufrieden, daß ihr das Budgetprovisorium für die zweite Hälfte des Jahres 1913 bewilligt wurde. Die innere Ruhe des Reiches war für ein paar Monate gerettet. Die eigentlich Leidtragenden bei dieser parlamentarischen Scheinarbeit sind die Beamten. Für sie bedeutete die Bewilligung der neuen Steuern ein Lebensbedürfnis, hing doch von ihr das Inkrafttreten der längst beschlossenen neuen Dienstpragmatik mit der Gehaltsverbesserung und -Erhöhung, die ihnen zum 1. Juli zugesagt war, ab. Man hat sie mit dem Versprechen beschwichtigt, daß man später die Dienstpragmatik mit rückwirkender Kraft vom 1. September d. J. ausstatten werde. Das bedeutet zwar für die Beamten eine außerordentliche Unterstützung im Gesamtbetrage von drei Millionen Kronen. Ob sie aber rechtzeitig wirksam werden wird, ist durchaus zweifelhaft, und die Beamten müssen sich eventuell, wenn der Schlendrian im Parlament so weiter geht, noch länger gedulden.

Die Aussicht ist um so schwächer, als der Beratungsstoff für die Herbsttagung schon jetzt lawinenartig anschwillt. Neben den großen Steuervorlagen wartet eine umfangreiche Lokalbahnvorlage, die den Wählern schon mehr als einmal zugesagt ist, der gesetzgeberischen Erledigung. Die Regierung wird wahrscheinlich neue Militär- und Marinevorlagen vorlegen. Die Erhöhung des Rekrutenkontingents um 15 000 Mann wird umfangreiche Debatten hervorrufen. Es ist sehr zweifelhaft, ob die Parteien vor allem die fremden Nationalitäten, im Herbst mehr Lust und Liebe zur positiven Arbeit mitbringen werden als in diesem Sommer.

Die Tatenlosigkeit des Zentralparlaments wird nun noch durch andere Umstände gefördert, die außerhalb der Sphäre des Reichsrates liegen. Die traurigen Verhältnisse in den Parlamenten der Kronländer wirken stark auf das Volkshaus in Wien zurück. Ruthenen und Polen, Deutschböhmen und Tschechen übertragen ihre nationalen Zwistigkeiten, Kämpfe und Beschwerden, die sie in den Einzellandtagen nicht austragen und nicht zur Sprache bringen können, da diese Vertretungskörper entweder geschlossen oder arbeitsunfähig sind, in zunehmendem Maße auf den Reichsrat und belasten auf diese Weise das Zentralparlament mit Ausgleichsfragen, die auf dem heißen Boden des Volkshauses nimmermehr zur Lösung gebracht werden können. Die Regierung sollte, anstatt den Pressionsmitteln der Parteien nachzugeben und dadurch ihre Abhängigkeit zu vermehren, solchen Versuchen energisch entgegentreten. Werden die Nationalitäten gezwungen, ihre Kämpfe auf dem Boden der Einzellandtage auszufechten, und bietet die Regierung ihre ganze Autorität dabei auf, dann werden auch geordnete Zustände wieder einkehren.

In dem größten Kronlande, in Böhmen, sind die Verhältnisse geradezu trostlos geworden. An ein Gelingen des nationalpolitischen Ausgleiches glaubt eigentlich kein Mensch mehr. Alle Eingeweihten erwarten mit Sicherheit die Suspendierung der Landesverfassung und die Einsetzung autonomer Behörden. Die Finanzmiere fordert geradezu dazu heraus. Alle Finanzprovisorien haben das Finanzelend nicht aufhalten können. Der „Oktroi", wie man in Oesterreich sagt, muß kommen. Die Regierung in Wien denkt nun endlich daran, die entsprechenden Maßregeln zu ergreifen, den Landtag aufzulösen, die Landessteuerumlagen kraft kaiserlichen Patentes zu erhöhen und autonome Behörden zur Verwaltung einzusetzen. Der Plan, einer gemischten deutsch-tschechischen Kommission die Verwaltungsgeschäfte zu übergeben, muß jedoch als ein unglücklicher bezeichnet werden, weil eine solche Kommission bei dem Ueberwiegen des tschechischen Elements keine Gewähr für eine objektive Handhabung der Geschäfte bieten würde. Die Regierung hätte zweifellos, das werden die Erfahrungen mit der Kommission ihr beweisen, richtiger gehandelt, einen kaiserlichen Verwaltungsbeamten mit den Geschäften zu betrauen.

Wie liegen nun die Verhältnisse in Galizien? Wenn man der Entwicklung der Dinge trauen darf, bahnen sich hier endlich dank dem Einschreiten der Regierung bessere Verhältnisse an. Die Reform des Landtagswahlrechts, um die die Ruthenen seit Jahren mit heißem Bemühen kämpfen, war in letzter Stunde infolge des Einspruches der Allpolen und der polnischen Bischöfe gescheitert. Der Statthalter wurde verabschiedet und die Regierung löste den Landtag auf. Die Neuwahlen brachten eine starke Ueberraschung. Die Ruthenen oder Ukrainer, die bisher 16 Mandate inne hatten, gewannen 15 Mandate, verdoppelten also fast ihre Mandatszahl, die Polen verloren in Ostgalizien, wo die Ruthenen in geschlossenen Massen wohnen, allein nicht weniger als 10 Mandate. Dieses Ergebnis ist in der Hauptsache auf das energische Eingreifen der Zentralregierung in Wien zurückzuführen. Der neue Statthalter v. Korytowsky erhielt strikte Anweisung, den Gang der Wahlen nicht zu stören und jegliche Beeinflussung der Wahlen durch den Polenklub zu verhindern. Der Regierungsapparat wurde also diesmal ausgeschaltet. Der Terrorismus der polnischen Parteien konnte nur noch in beschränktem Maße seine Macht entfalten. Das Ergebnis ist die veränderte Zusammensetzung des Landtags. Wenn auch die polnische Vorherrschaft in Galizien noch nicht gebrochen, eine Mehrheit den Polen durch die Kurie der Großgrundbesitzer und die Virilstimmen nach wie vor gesichert ist, so scheinen doch die Tage der unbedingten polnischen Herrschaft in Galizien sich ihrem Ende zu nähern. Ein Teil der polnischen Presse fühlt das auch und sucht Stimmung für eine versöhnliche Haltung den Ruthenen gegenüber im neuen Landtag zu machen. Die Ruthenen selbst sind auf Grund ihres Wahlerfolges nationalbewußter geworden, sie verlangen energisch die Verabschiedung der Landtagswahlreform in dritter Lesung. Der Regierung ist hier eine mächtige Stütze erwachsen. Bei einigem guten Willen, und wenn sie vor einer nochmaligen Landtagsauflösung nicht zurückschreckt, kann sie den Widerstand der Polen brechen und damit endlich geordnete und gesetzmäßige Zustände in Galizien einführen. Es ist nur zu wünschen, daß die Regierung auch in Böhmen mit demselben Nachdruck verfährt. Der Erfolg in Galizien zeigt ihr, daß mit Energie und Zielbewußtsein die anscheinend so schwierigen Nationalitätenfragen wohl auf das richtige Gleis gebracht werden können.

Die Waffenstillstands-Verhandlungen.

Die im Abendblatt wiedergegebenen Meldungen über die Waffenstillstandsverhandlungen bestätigen sich, wenigstens soweit eine Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Bulgaren, Serben und Griechen in Frage kommt. Von Rumänien verlautet zunächst noch nichts; die rumänische Bevölkerung befindet sich in einem solchen Siegestaumel, daß sie den Frieden nur in Sofia diktiert haben möchte, doch will die Regierung davon nichts wissen. In Belgrad, wo man den Krieg lieber heute als morgen beenden möchte — das beweisen die sehr ruhigen Aeußerungen der serbischen offiziösen Presse —, zeigt man sich schon sehr optimistisch. Man glaubt, daß der Friede in zwei Tagen schon hergestellt sein wird. Dieser Termin dürfte wohl doch etwas zu früh gegriffen sein.

*

Rußlands Haltung.

In einer außerordentlichen Sitzung des russischen Ministerrats über die Balkanvorgänge, der Ministerpräsident Kokowzow präsidierte, erklärte Minister Sasonow, Rußlands Rolle müsse vorläufig die sein, einen Waffenstillstand zu veranlassen, sowie annehmbare Friedensbedingungen auszuarbeiten. Die Unterhandlungen, die Sasonow in dieser Richtung mit dem serbischen und dem bulgarischen Gesandten geführt hat, lassen eine günstige Lösung erhoffen.

Einstellung der serbischen Kriegsoperationen.

Rußland unternahm am Montag in Belgrad einen neuen energischen Schritt, der zur Folge hatte, daß die serbische Armee Befehl erhielt, von weiteren Kriegsoperationen bis auf weiteres abzusehen.

Die Stimmung in Belgrad.

Zwei bulgarische Unterhändler sind in Belgrad angelangt. Nach einer Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten Pasitsch fuhr dieser sofort nach Saloniki, um dort mit dem Ministerpräsidenten Venizelos und Wukotitsch über die Friedensbedingungen mit Bulgarien zu sprechen. Die Kriegsführung soll infolge dieses bulgarischen Schrittes jetzt eingestellt werden. Man hofft in Belgrad, in zwei Tagen sei auch der Friede hergestellt.

SLUB
Wir führen Wissen.